

Parlamentswahlen in Benin

Stärkung der Opposition und Festigung der Demokratie

Der westafrikanische Staat Benin zählt seit der dort abgehaltenen Nationalkonferenz des Jahres 1990 und dem daraufhin begonnenen Demokratisierungsprozeß zu jenen afrikanischen Ländern, die eine relativ stabile politische Ordnung aufbauen und deutlich positive Veränderungen in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erreichen konnten. Die bislang erfolgreich verlaufende Demokratisierung, während der bereits zwei amtierende Präsidenten abgewählt wurden, hat Benin den Ruf eines demokratischen Vorzeigelandes verschafft. In den vergangenen Jahren wurde von Beninern immer wieder darauf verwiesen, daß ganz Afrika auf ihr Land schaue.

Die Garanten dieser positiven Entwicklung waren in der Vergangenheit unter anderem die freie – aber nicht immer von politischen Einflüssen unabhängige – Presse, eine engagierte Zivilgesellschaft sowie nicht zuletzt eine qualifizierte, mutige und unabhängige Rechtsprechung des Verfassungsgerichts.

■ **Parlamentswahlen mit Spannung erwartet**

Die Parlamentswahlen vom 30. März 1999 wurden aus mehreren Gründen mit Spannung erwartet:

1. Der Verlauf der Wahlen sollte als Indikator dafür gelten, inwieweit Benin den seit 1990 beschrittenen Weg der Demokratisierung fortsetzen und damit weiterhin eine Vorbildfunktion für eine demokratische Transition in Westafrika haben würde.
2. Die Wahlen sollten ebenfalls Auskunft über die Beliebtheit der Regierung des Staatspräsidenten

Der bereits 1990 einsetzende Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozeß in Benin hat durch die Parlamentswahlen vom März 1999 einen neuen, kraftvollen Impuls erhalten: Ein sauberer und transparenter Wahlkampf ganz im Sinne des verstorbenen Erzbischofs von Cotonou und Präsidenten der Nationalversammlung von 1990, Isidore de Souza, ein alle Unregelmäßigkeiten sorgsam vermeidender Staatsapparat sowie eine faire Behandlung aller Wettbewerber durch die öffentlichen Medien ermöglichten einen Wahlkampf, dessen Ergebnis eine deutlich gestärkte Opposition, aber auch ein handlungsfähiger, wenn auch stark fragmentierter Regierungsblock sind. Insgesamt darf der Ausgang der Wahlen als ermutigendes Zeugnis für die politische Reife der Beniner und ihrer etablierten Parteien RB, PRD, FARD-Alafia und PDS gesehen werden, zu denen sich mit der Neugründung MADEP eine neue Akzente setzende, aber eindeutig demokratische Kraft gesellt.

Kérékou insbesondere im Hinblick auf die im Jahr 2001 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen geben.

3. Da es in der zweiten Legislaturperiode zu erheblichen Veränderungen innerhalb der politischen Parteienlandschaft gekommen war, wurden einschneidende Veränderungen bei der Zusammensetzung des Parlaments erwartet.

Die Wahlen des Jahres 1999 waren bereits 1998 ein wesentlicher Faktor des politischen Kräftespiels. Die Zahl der politischen Parteien erhöhte sich aufgrund von Parteineugründungen und Abspaltungen auf 115 bei einer Bevölkerung von ca. 5,8 Millionen Menschen. Mehrere politische Parteien durchliefen existentielle Krisen, wie beispielsweise die Oppositionspartei des ehemaligen Staatspräsidenten Soglo, Renaissance du Bénin, die eine Führungskrise und im Anschluß daran zahlreiche Parteiaustritte – darunter von Parlamentsabgeordneten – verzeichnete.

Ähnliche Probleme ergaben sich auch bei den regierungsnahen Parteien. So spaltete sich von der bis dahin den Norden Benins beherrschenden Partei FARD Alafia eine Gruppe unter dem Namen CAR Dunya ab, wobei wiederum auch Parlamentsabgeordnete und sogar Minister in die neugegründete Partei wechselten. Die erst im Jahr 1998 aus einem internen Streit der Partei Notre Cause Commune (NCC) heraus entstandene Partei Ensemble unter Vorsitz des Planungsministers Tevoedjere durchlief ebenfalls eine Krise, die mit Austritten von politischen Schwergewichten wie dem ehemaligen Bildungsminister Padonou und dem Parlamentsabgeordneten Adanclounon endeten.

Von Bedeutung für den Wahlausgang wurde die erst 16 Monate vor den Wahlen gegründete Partei MADEP, deren Vorsitzender, El Hadj Séfou Fagbohoun, einer der reichsten beninischen Geschäftsleute ist. Diese Partei wurde wohl als Gegenpol zum Parti du Renouveau (PRD) des ehemaligen Premierministers Houngbédie – nach der Regierungsumbildung des Jahres 1998 nicht mehr im Kabinett – und bereits im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001 gegründet. Der PRD ist der Opposition zuzuordnen und hat seine Wahlhochburgen im Osten Benins (Ouème, Plateau). In eben diese Wahlhochburgen versuchte MADEP einzudringen und das aller Wahrscheinlichkeit nach in der Absicht, mit Houngbédie

einen Gegenkandidaten Kérékou bei den kommenden Präsidentschaftswahlen zu schwächen. MADEP verfügte unmittelbar nach seiner Gründung und vor seiner ersten Teilnahme an Wahlen über politische Ämter, nachdem Parlamentarier anderer Parteien gewonnen werden konnten und ein MADEP-Mitglied zum Außenminister ernannt worden war. Die Partei steigerte ihren Bekanntheitsgrad rasch, wobei neben dem Wirken über die politischen Ämter insbesondere ein massiver Druck auf die Besetzung von Verwaltungsposten in den Regionen Ouème und Plateau sowie zahlreiche Geschenke des Parteivorsitzenden an die Bevölkerung – unter anderem kündigte der Moslem Fagbohoun den Bau einer Kirche an und schenkte einem Unterpräfekten einen Dienstwagen – ein breites Echo in der Bevölkerung fanden.

Die Krisen und Veränderungen im politischen Parteienspektrum führten zu gesellschaftlichen Spannungen, welche die Hoffnungen auf ruhige und friedliche Parlamentswahlen zunächst trübten. Die im Vorfeld der Wahlen erfolgte Ersetzung von FARD-Alafia nahestehenden Verwaltungsbeamten durch Sympathisanten von CAR-Dunya löste im Norden des Landes genauso Konfrontationen zwischen der Bevölkerung und den lokalen Behörden aus wie die Ersetzung von dem PRD nahestehenden Beamten durch Sympathisanten von MADEP im Südosten Benins.

Die staatlichen Institutionen begleiteten die Wahlen mit ausgesprochener Vorsicht und Rigorosität. Personen, welche bei der Einschreibung in die Wahllisten bei dem Versuch der Wahlfälschung (Einschreibung in mehrere Listen, Benutzung falscher Dokumente, Verkauf und Ankauf von Wahlkarten) festgenommen wurden, wurden demonstrativ noch vor den Wahlen zu Haftstrafen bis zu einem Jahr, Geldstrafen bis zu 200 000 FCFA (ca. 600 DM oder das Neunfache des beninischen Mindestgehalts) und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren verurteilt.¹⁾ Der Hohe Rat für Audiovisuelle Massenmedien und Fernmeldewesen (HAAC) entschied am 15. März 1999, daß in den öffentlichen Medien während des offiziellen Wahlkampfes keine Berichterstattung über politische Kampagnen erlaubt sei, die über die den Parteien gewährten Sendezeiten zur Wahlkampfwerbung hinausgehe. Zu den damit verbundenen Einschränkungen zählte auch die Be-

1) „Six fraudeurs condamnés“,
in: *Le Matinal* Nr. 336 v. 6.
März 1999, S. 2.

2) Entscheidung Nr. 99-019/HAAC, in: *Le Matinal* Nr. 344 v. 16. März 1999, S. 10.

3) Gesetz Nr. 99-015 vom 12. März 1999.

richterstattung zu Übergabe- und Einweihungszeremonien durch Minister und Politiker.²⁾

■ **Arbeit der Wahlkommission verbessert**

Mit der Vorbereitung, Organisation, Durchführung und Überwachung der Wahlen war die Autonome Nationale Wahlkommission (Commission Electorale Nationale Autonome, CENA) betraut.³⁾ Die beninische Wahlkommission besteht aus 23 Mitgliedern, von denen drei von der Regierung und 15 vom Parlament im Verhältnis seiner Zusammensetzung gestellt werden. Vier Richter und ein Vertreter der Beninischen Kommission für Menschenrechte sind die weiteren Mitglieder der CENA. Den Vorsitz der Wahlkommission führte der Vorsitzende der Beninischen Kommission für Menschenrechte, Saidou Agbantou. Interessanterweise führte die Frage der Besetzung der Wahlkommission zu keinen nennenswerten politischen Auseinandersetzungen, was wiederum die Ausnahmestellung der beninischen Demokratie im westafrikanischen Kontext belegt.

Die Arbeit der CENA wurde allerdings wie in den Vorjahren dadurch erschwert, daß sie erst am 26. Januar 1999 und damit sehr spät eingesetzt wurde. Zusätzlich erschwert wurde das Mandat der CENA dadurch, daß noch am 12. März 1999, also zwei Wochen vor den Wahlen, Veränderungen an den Wahlgesetzen vorgenommen wurden. Einige Entwicklungshilfsgeber – darunter Deutschland – hatten sich zudem nicht bereit erklärt, sich finanziell an den Wahlen zu beteiligen, oder ihre Unterstützung – wie Frankreich – erheblich eingeschränkt. Als Begründung hierfür wurde angeführt, Wahlen seien als souveräner Akt hauptsächlich durch Benin zu finanzieren, das für die Wahlen vorgesehene nationale Budget sei nicht ausgeschöpft worden und es gebe keine Erklärung dafür, was mit den von den Gebern gelieferten Wahlmaterialien der vergangenen Jahre geschehen sei. Die CENA selbst hatte bis kurz vor den Wahlen keinen sicheren Überblick über den Finanzierungsbedarf und die Finanzierungszusagen der Geber.

■ **Wahlkampf ohne Zwischenfälle**

Nicht ohne Einfluß auf die Wahlen dürfte der überraschende Tod des Erzbischofs von Cotonou, Isidore

de Souza, am 13. März 1999 geblieben sein. De Souza war Präsident der Nationalversammlung des Jahres 1990 und anschließend Vorsitzender des Hohen Rates der Republik, welcher als provisorisches Parlament fungierte. Der Tod dieses ständigen Streikers für Demokratie und Menschenrechte führte zu einer Erinnerung an die von der Nationalversammlung getragenen Werte und zu zahlreichen Appellen an Politik und Bevölkerung, transparente und friedliche Wahlen zu ermöglichen. Beispielhaft dafür schrieb ein Journalist, eine erste Ehrerbietung der Beniner an den Erzbischof sei es, die Parlamentswahlen ohne Zusammenstöße, Gewalt und Blutvergießen durchzuführen, sondern in Ruhe, Gewissenhaftigkeit und Frieden.⁴⁾

Der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen verlief dann auch beinahe ohne Zwischenfälle. Gegenüber den vorherigen Wahlen bedienten sich die Kandidaten bei den Wahlkampfveranstaltungen eines deutlich moderateren Vokabulars, Verunglimpfungen der politischen Gegner waren offensichtlich seltener. Ebenso selten waren leider auch programmatische Aussagen der Parteien, die Aufschluß über ihre politischen Grundlinien gegeben hätten. In dem Maße, wie politisch-inhaltliche Fragen vernachlässigt wurden, gewannen einfache Slogans im Wahlkampf an Bedeutung: „*Houezechoue-gnan*“ (die Sonne steht am Zenit – sie scheint, RB); „*Tchoko Tchoko, on va gagner*“ (koste es was es wolle, wir werden gewinnen, PRD); „*Essogbe – Miyigbe*“, (es ist soweit – wir sind bereit, MERCI).

Bemerkenswert am Wahlkampf war, daß in den öffentlichen Medien keine Bevorzugung regierungsnaher Parteien bei der Berichterstattung und der Zuweisung von Sendezeiten zur Wahlwerbung zu beobachten war. Dagegen muß für die privaten Medien eine teilweise deutliche Wahlwerbung für bestimmte Parteien festgehalten werden, wobei das bedauerlichste Beispiel die Werbung des einzigen Privatfernsehsenders LC2 für die Partei MAP und deren Kandidaten Christian Lagnide war. Dieser ist Gründer der Fernsehstation und jetziger Minister für Jugend und Sport. Die Partei MADEP versuchte erfolgreich, über einen von ihr finanzierten, lokalen Radiosender, Radio Adja-Ouère, einen Einfluß auf die Wählerschaft auszuüben. Eine Reihe von teilweise kurz vor den Wahlen gegründeten privaten Tageszeitungen (wie z.B. *l'Aurore*)

4) Aurore Nicoué, „Monseigneur de Souza a devancé les élections“, in: *Le Matinal* Nr. 344 v. 16 März 1999, S. 10.

mit Nähe zu politischen Parteien ließen es erheblich an einer ausgewogenen Berichterstattung mangeln.

Auffällig am Wahlkampf war – wiederum – der massive Einsatz von Wahlkampfmitteln, wobei vor allem die neugegründete Partei MADEP eine landesweite aufsehenerregende Kampagne durchführte. Die per Gesetz vorgesehene Begrenzung der Ausgaben für den Wahlkampf auf 3 000 000 FCFA (ca. 9000 DM) pro Kandidat dürfte de facto nur bei denjenigen Parteien eingehalten worden sein, welche die Mittel für einen teuren Wahlkampf nicht besaßen.

Das wohl wichtigste Wahlkampfthema war die Beteiligung der Jugend und der Frauen an der Politik sowie die Verjüngung der ‚politischen Klasse‘. Dieses Thema wurde insbesondere vom Mouvement pour une Alternative du Peuple (MAP) betont, einer Partei, die erstmals an Parlamentswahlen teilnahm und zahlreiche junge, vielfach politisch aber unerfahrene Kandidaten aufstellte. Dem MAP gelang es kurz vor den Wahlen, den bis dahin parteilosen Minister für Sport und Jugend zu einer Kandidatur auf seiner Liste zu bewegen. Der Wahlkampf der Partei, den ein in Deutschland promovierter Soziologe leitete, führte neue Elemente in die politische Auseinandersetzung Benins ein. Dazu zählte eine Wahlkampfhymne in Form eines Liedes des bekannten ivorischen Sängers Alfa Blondie („alles ändert sich, alles entwickelt sich, nur die Dummköpfe sind nicht zur Veränderung bereit“), eine Wahlombola sowie der termingerechte Start einer von MAP präsentierten, vielgesehenen Seifenoper im Privatfernsehen LC2.

5) Nach beninischem Wahlrecht werden je nach Größe des Wahlkreises pro Wahlkreis zwischen zwei und fünf Abgeordnete gewählt. Die Sitzvergabe erfolgt, indem die Zahl der gültigen Stimmen durch die Zahl der im Wahlkreis zu vergebenen Sitze dividiert und somit der Wahlquotient errechnet wird. Die Zahl der pro Partei oder Allianz erhaltenen Stimmen wird dann durch diesen Wahlquotienten geteilt, woraus sich die Zahl der Sitze ergibt. Die Restmandate werden nach Höhe der resultierenden Zahlenbruchteile hinter dem Komma vergeben. (vgl. Gesetz Nr 98-036 vom 15.1.1999, Art. 4).

■ Erneut hohe Wahlbeteiligung

Zu dem Wettbewerb um die 83 Parlamentssitze waren 35 Parteien und Parteienallianzen angetreten. Gemäß beninischem Wahlrecht, welches eine Verhältniswahl mit starren, wahlkreisgebundenen Listen vorsieht, mußte jede kandidierende Partei oder Parteienallianz in allen 24 Wahlkreisen antreten.⁵⁾ 2 769 323 Wähler hatten sich bei einer geschätzten Bevölkerungszahl von 5 882 000 und einer geschätzten Zahl von Beninern im Wahlalter von 2 774 000 eingeschrieben, was eine leichte Steigerung gegenüber den Parlamentswahlen des Jahres 1995 (2,5 Millionen) und den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1996 (2,6 Millionen)

bedeutet.⁶⁾ Die Wahlbeteiligung war mit 72 Prozent (2 088 252 abgegebene Stimmen) der eingeschriebenen Wähler hoch, wobei vor allem eine starke Wahlbeteiligung von Frauen und älteren Menschen sichtbar war.

Insgesamt verliefen die Wahlen ruhig und transparent. Die erheblichen organisatorischen Probleme, welche die Wahlbehörde noch bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1996 hatte, konnten bedeutend verringert werden. Die Einführung eines Einheitswahlzettels, auf dem alle Logos der 35 an den Wahlen teilnehmenden Parteien aufgeführt waren, begünstigte den Wahlablauf und erschwerte den Kauf von Wählerstimmen.⁷⁾ Mit der erstmaligen Nutzung von durchsichtigen Wahlurnen wurde nicht nur optisch zur Transparenz der Wahlen beigetragen.

Als eines der Hauptprobleme der Wahlen erwies sich die ungenügende Ausbildung der Wahlhelfer. Diese Ausbildung, die bei den Präsidentschaftswahlen 1996 zu einem großen Teil von Organisationen der Zivilgesellschaft übernommen worden war, wurde bei den Parlamentswahlen des Jahres 1999 von der CENA durchgeführt. Die Beobachtung sowohl durch die internationalen Wahlbeobachter als auch durch die Mitarbeiter des nationalen Netzwerks von Nichtregierungsorganisationen ergab, daß diese schlechte Ausbildung zu erheblichen Mängeln bei der Durchführung der Wahlen führte. Diesen Eindruck bestätigte die hohe Zahl der vom Verfassungsgericht nach den Wahlen annullierten Stimmen, die mit 612 105 ungefähr 29 Prozent der abgegebenen Stimmen – in einem Wahlkreis sogar 44 Prozent der Stimmen – betrogen. In seiner Entscheidung nannte das Verfassungsgericht als Gründe für die Annullierung unter anderem: fehlende oder nicht unterschriebene Wahlprotokolle, Fehlen von Wahlkabinen, Wahl durch Minderjährige, zu frühes Schließen der Wahllokale sowie eine die Zahl der eingeschriebenen Wähler übertreffende Zahl der abgegebenen Stimmen. Neuwahlen wurden durch diese Annullierungen jedoch nicht notwendig. Da das Wahlergebnis durch die Annullierungen – wie durch Geisterhand harmonisiert – nicht verändert wurde, wurden die Entscheidungen des Gerichts allgemein akzeptiert.

6) Zahlen nach: République du Bénin, Commission Electorale Nationale Autonome (éd.), *Elections Législatives du 30 Mars 1999* (Informationspapier der Wahlkommission für Wahlbeobachter).

7) Bis dahin kam es vor, daß die Wähler die nicht in die Urne gegebenen Wahlzettel als Beweis dafür behielten, welche Partei sie gewählt hatten. Diese Wahlzettel konnten dann bei der gewählten Partei ‚eingelöst‘ werden.

■ Ergebnis der Parlamentswahlen vom 30. März 1999

■ Opposition erstarkt, Regierungslager zersplittert

Partei	Status	Sitze ⁸⁾ 1995	Sitze 1999
Renaissance du Bénin (RB)	Opposition	20	27
Parti du Renouveau Démocratique (PRD)	Opposition	20	11
Front d'Action pour le Renouveau Démocratique (FARD Alafia)	Regierung	10	10
Parti Social Démocrate (PSD)	Regierung	8	9
Mouvement Africain pour la Démocratie et le Progrès (MADEP)	Regierung	-	6
Alliance Etoile (UDS, UNSP, RNPJ, PNDD, Les Verts, ASD)	?	-	4
Impulsion pour le Progrès et la Démocratie (IPD)	Regierung	3	4
Congres Africain pour le Renouveau- Dunya (CAR-DUNYA)	Regierung		3
Mouvement pour l'Engagement et le Reveil des Citoyens (MERCII)	Regierung	-	2
Parti Ensemble	Regierung	-	1
Parti du Salut (PS)	Regierung	-	1
RPR UNSD	Regierung	-	1
Parti Démocrate du Bénin (PDB)	Regierung	-	1
Rassemblement pour la Démocratie et le Panafricanisme (RPD)	Regierung	1	1
Rassemblement pour l'Unité Nationale et la Démocratie (RUND)	Regierung		1
Alliance Souru (UDRN, FDDM, UPP, FONEC)	Regierung	-	1

8) Nach Wahlergebnis, in der Legislaturperiode erfolgte Änderungen wurden nicht berücksichtigt.

Von den 35 Parteien und Parteienallianzen konnten 16 einen oder mehrere Sitze erringen. Die stärkste Partei wurde die Oppositionspartei Renaissance du Benin des ehemaligen Staatspräsidenten Soglo, die 27 Sitze erhielt, gefolgt von dem ebenfalls zur Opposition zählenden Parti du Renouveau Démocratique mit elf Sitzen. Auf der Seite der regierungsnahen Parteien erhielt FARD Alafia zehn und die Sozialdemokraten (PSD) neun Sitze.

Das Resultat der Parlamentswahlen zeigt eine erstarkte Opposition im Parlament, die sogar über eine Mehrheit von 42 zu 41 Sitzen verfügen könnte, wenn die vier Abgeordneten der nicht eindeutig zuzuord-

nenden Parteienallianz Etoile dauerhaft mit der Opposition stimmen würden. Auffällig bei dem Wahlergebnis ist die starke Zersplitterung des Regierungsblocks, wohingegen sich die Opposition hauptsächlich in zwei Parteien konzentriert.

Einen ersten Eindruck von den künftigen Kräfteverhältnissen im Parlament ergaben die Präsidentschaftswahlen vom 29. April 1999, bei denen nach langen Verhandlungen der Vorsitzende des PRD und ehemalige Premierminister Adrien Houngbédie mit 45 zu 38 Stimmen gewählt wurde. Er löste den Vorsitzenden der an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten, Bruno Amoussou, ab. Von den insgesamt sieben Ämtern im Parlamentspräsidium gingen vier weitere an die ebenfalls der Opposition zugehörige Partei RB. In diesem Sinne wurde das Wahlergebnis als ein Votum gegen die Regierung Kérékou gedeutet. Dafür sprechen auch die schlechten Ergebnisse der zu den Wahlen angetretenen Kabinettsmitglieder: Von zwölf kandidierenden Ministern konnten nur sechs einen Sitz erringen. Die Opposition wertete das Wahlergebnis vorausblickend als ein gutes Vorzeichen für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2001. Demonstrativ ließ der Altpräsident Soglo die einstweilen funktionslosen Schranken und Wachhäuschen vor seinem Wohnhaus in Cotonou neu anstreichen.⁹⁾

■ **Wahlhochburgen behalten Bedeutung**

Das beninische Wahlsystem mit Listenwahlen in 24 Wahlkreisen ermöglicht es aufzuzeigen, wie wichtig Wahlhochburgen der einzelnen Parteien für den Ausgang der Wahlen waren. So gewann RB in den beiden Wahlkreisen Cotonous (Littoral) acht von neun zu vergebenden Sitzen, im Verwaltungsbezirk Atlantique im Süden des Landes weitere sechs von neun und in der traditionellen Hochburg im Departement Zou (Abomey) alle acht zu vergebenden Sitze. Der PRD erhielt allein im östlichen Verwaltungsbezirk Ouème sieben der zehn zu vergebenden Sitze, MADEP im östlichen Departement Plateau vier von fünf und der PSD gewann im Departement Couffo alle sechs zu vergebenden Sitze. Die traditionell im Norden des Landes starke Partei Fard Alafia erhielt alle ihre zehn Sitze in den nördlichen Verwaltungsbezirken Alibori, Atacora, Borgou und Donga, während sie in den übr-

9) „Les premiers actes de Soglo“,
in: *Le Point au Quotidien* Nr.
388 v. 7. April 1999, S. 3.

gen Regionen so gut wie keine Rolle spielen konnte. Diese sich schon bei den Wahlen der Jahre 1991 und 1995 abzeichnende Bedeutung von Wahlhochburgen einzelner Parteien wurde bei den diesjährigen Parlamentswahlen nur von der RB durchbrochen, welche überraschenderweise im siebten, nördlichen Wahlkreis Borgou einen Sitz errang.

■ **Konservatives Wählerverhalten**

Das Wahlergebnis zeigt eine konservative Ausrichtung des beninischen Wählerverhaltens, die zu einer Bestätigung der etablierten Parteien führte. Diese großen Parteien wie RB, PRD, FARD-Alafia und PDS dürften auch längerfristig eine wesentliche Rolle in der beninischen Politik spielen. Eine neue Kraft innerhalb dieser Gruppe könnte MADEP werden, welche auf Anhieb sechs Parlamentssitze erringen konnte. Das konservative Wählerverhalten dürfte auch einer der Gründe für den Wahlerfolg der in eine Krise geratenen RB sein, der in freilich vagen, weil nicht auf systematischen Umfragen basierenden Einschätzungen eine deutliche Niederlage vorausgesagt worden war. Für ein eher konservatives Wählerverhalten spricht auch das enttäuschende Ergebnis des erstmals zu Wahlen angetretenen Mouvement pour une Alternative du Peuple (MAP), der mit seiner unkonventionellen Wahlkampfstrategie und seinem Appell an die Ablösung der herrschenden Politikergeneration keinen Parlamentssitz erringen konnte, wohl aber neue Akzente im politischen Diskurs Benins setzte.

Bemerkenswert ist auch das schlechte Abschneiden der klassischen Linksparteien. Der Parti Communiste du Benin (PCB), bislang noch mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten, sowie die sozialistische Partei (Parti Socialiste du Benin) spielten bei den Parlamentswahlen keine bemerkenswerte Rolle mehr. Dieses überrascht insofern, als in Benin Elemente sozialistischen Denkens wie die Allzuständigkeit des Staates, der Vorrang von Gleichheit vor Freiheit und eine antikapitalistische Grundeinstellung weiterhin verbreitet sind.

■ **Demokratie durch Parlamentswahlen gestärkt**

In einer Gesamtbetrachtung kann festgehalten werden, daß die beninischen Parlamentswahlen insbesondere

im Vergleich zu den Wahlen in den Nachbarländern weitestgehend transparent und fair verlaufen sind. Benin setzt damit den seit der Nationalkonferenz eingeschrittenen Weg der Demokratisierung fort und kann auch weiterhin als ein Vorreiter der Demokratiebewegung Westafrikas gelten.

Überdenkenswert ist die sich bei den Wahlen abzeichnende, abnehmende Bereitschaft der internationalen Geber, demokratische Wahlen zu fördern. Insbesondere im Bereich der Sensibilisierung und Information der Bevölkerung zu Wahlfragen und bei der Ausbildung von Wahlhelfern sollte Benin weiterhin eine umfangreiche Unterstützung erhalten. Die umfassende Annullierung von Wahlergebnissen könnte dadurch verringert und einer möglichen Quelle von Konflikten vorgebeugt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte die Bemühungen der politischen Verantwortungsträger Benins und der beninischen Bevölkerung um einen Ausbau ihrer Demokratie und die Schaffung einer demokratischen politischen Kultur weiterhin anerkennen und fördern, indem der Politikdialog mit diesem Land durch positive Maßnahmen der Demokratieförderung ergänzt wird.

Die beninische Demokratie geht aus den Parlamentswahlen gefestigt hervor. Die Wahlen haben einen in der westafrikanischen Region noch unüblichen, gelassenen Umgang der Beniner mit ihrer Demokratie erkennen lassen. Bedenken, es könne sich um eine Fassadendemokratie handeln, die der hohen Abhängigkeit dieses Landes von internationaler Entwicklungszusammenarbeit Rechnung trage, lassen sich nicht bestätigen. Die Anerkennung des Wahlerfolges der Oppositionsparteien ist hierfür der beste Beweis. Allerdings bedeutet diese Anerkennung keineswegs, daß die Regierenden die neuen Kräfteverhältnisse auch akzeptieren: Es ist davon auszugehen, daß der Staatspräsident durch eine baldige Kabinettsumbildung versuchen wird, die Front seiner politischen Widersacher zu zerschlagen.

Die Parlamentswahlen des Jahres 1999 waren auch ein deutlicher Ausdruck einer zunehmenden Identifikation der Beniner mit ihrer Demokratie. Allenthalben wurde der Wille der Bevölkerung spürbar, dem Anspruch eines demokratischen Vorzeigelandes gerecht zu werden. Dieser Erfolgswille bei gleichzeitig mangelnder Erfahrung bei der Durchführung von Wahlen führte gelegentlich zu unüblichen Verhaltens-

weisen, wie jenen, von denen die Wahlbeobachter des Netzwerkes von Nichtregierungsorganisationen für friedliche und transparente Wahlen (RePAT) beispielhaft berichteten:

In Nikki im Nordosten des Landes begingen die leider schlecht ausgebildeten Wahlhelfer den Fehler, erst nach der Stimmabgabe zu überprüfen, ob der Wähler in den Wahllisten aufgeführt ist. In einem beobachteten Fall fand man dann den Namen einer Person nicht auf der Liste, die soeben ihren Wahlzettel in die Urne gesteckt hatte. In der dann entstandenen Not ersannen die Wahlhelfer eine Lösung, die aber wohl zur Annullierung des Wahlergebnisses in diesem Wahllokal geführt haben dürfte: Sie fragten den betreffenden Wähler, für welche Partei er gestimmt habe und beschlossen, bei der Auszählung der begünstigten Partei eine Stimme abzuziehen.

In einem anderen Wahllokal in Nikki erkundigten sich die Wahlbeobachter nach den Vertretern der politischen Parteien. Nach beninischem Wahlrecht dürfen die kandidierenden Parteien Delegierte in die Wahllokale entsenden, welche den Verlauf der Wahl beobachten und das Wahlprotokoll mitunterzeichnen. Ein junger Parteidelegierter wurde von den RePAT-Beobachtern gefragt, für welche Partei er anwesend sei. Der Gefragte erwiderte erstaunt, diese Information habe man ihm nicht gegeben und er müsse diese Frage erst dem Dorfcchef stellen.